



Israel Kontrovers Nr. 6

08. Februar 2011

Schnelles Ende der im September 2010 zwischen Netanyahu und Abbas gestarteten Friedensgespräche

Am 07. Dezember 2010 musste US-Außenministerin Clinton eingestehen, dass die erst im September in Washington im Beisein von Präsident Obama, Ägyptens Präsident Mubarak und Jordaniens König Abdullah II. gestarteten direkten Friedensgespräche zwischen Israels Premier Netanyahu und Palästinenserpräsident Abbas ergebnislos abgebrochen wurden. Am Abend vor Aufnahme der Gespräche am 2. September 2010 hatte Netanyahu sein Gegenüber und die Öffentlichkeit noch mit folgenden für ihn ungewöhnlichen Worten überrascht: "Präsident Abbas, Sie sind mein Friedenspartner. Es ist an uns, den quälenden Konflikt zwischen unseren Völkern zu beenden und mit Hilfe unserer Freunde einen Neuanfang zu erreichen." Wie sich kurze Zeit später zeigte, war dies pure Rhetorik. Trotz großen politischen Drucks auf beide Seiten war es Barak Obama nicht gelungen, Israelis und Palästinenser zu substanziellen Konzessionen in Richtung eines Friedensabkommens zu bringen. Ratlosigkeit allenthalben, denn niemand weiß, wie dieser Stillstand überwunden werden kann.

Seit Benjamin Netanyahus rechte Regierungskoalition im April 2009 an die Macht kam, gibt es praktisch keinen Fortschritt im Friedensprozess. Auf den kontinuierlich ausgeübten Druck der Obama-Administration reagiert Netanyahu mit einer Taktik der begrenzten Zugeständnisse, deren Ziel darin besteht, den Status-Quo aufrechtzuerhalten. Das Bekenntnis zur Zwei-Staaten-Lösung in der Bar-Ilan Rede im Juni 2009, der im November 2009 verkündete 10-monatige Siedlungsbaustopp in der Westbank sowie die Wiederaufnahme von zuerst indirekten (Mai 2010) und dann direkten (September 2010) Friedensgesprächen mit den Palästinensern hätte es ohne amerikanischen Druck auf beide Seiten nicht gegeben. Echte Schritte in Richtung Zwei-Staaten-Lösung hat Netanyahu aber nie unternommen, da er damit rechnen musste, dass seine rechten Koalitionspartner, allen voran Außenminister Avigdor Lieberman, seine Regierung verlassen hätten. Hinzu kommt, dass Netanyahus Politik breite Unterstützung in der israelischen Bevölkerung findet, und es im Gefolge der Krise der Arbeitspartei und der israelischen Linken keinen nennenswerten politischen Widerstand gegen dessen Kurs gibt.

Aber auch die Palästinenser waren nicht in der Lage, die sich mit dem Baustopp – den es in einer solchen Form noch nie von einer israelischen Regierung gegeben hatte – bietenden Möglichkeiten zu nutzen. Sie hielten an der ursprünglich auch von den Amerikanern aufgestellten Forderung fest, dass es ohne einen Ost-Jerusalem einschließenden Baustopp keine direkten Gespräche geben werde. Hinzu kommt die Tatsache, dass es Mahmud Abbas nicht gelang, die Spaltung zwischen Fatah und Hamas zu überwinden, weshalb jede Art von Abkommen nur für die Westbank nicht aber für den Gazastreifen gültig wäre. Israel lehnt so eine Regelung kategorisch ab.

Nach Ablauf des Baustopps im September 2010 nahm Israel die Bautätigkeit in der Westbank wieder auf, woraufhin die Palästinenser die direkten Gespräche – insgesamt hatte es genau drei Treffen zwischen Abbas und Netanyahu gegeben – zwar nicht für beendet erklärten, diese aber auch nicht fortsetzten. Nach den Zwischenwahlen für den Kongress Anfang November machten die USA einen letzten Versuch, den endgültigen Abbruch

der Gespräche zu verhindern. Als Gegenleistung für eine Fortsetzung des Baustopps in den jüdischen Siedlungen der Westbank und - dafür gab es keine offizielle Bestätigung - für einen inoffiziellen Baustopp in Ost-Jerusalem, boten die USA Israel großzügige Sicherheitsgarantien an, darunter die Lieferung von 20 hochmodernen Kampffjets des Typs F-35. Weiterhin gab es das Angebot von Garantien für das Abstimmungsverhalten der Amerikaner im UN-Sicherheitsrat, wenn es um Israels Interessen geht. Netanyahu lehnte diese weitreichenden amerikanischen Vorschläge ab, da es ihm nicht gelang, in seinem Kabinett eine Mehrheit dafür zu bekommen.

Dies war die Situation, als wir Anfang Januar Shaul Arieli und Israel Harel baten, uns ihre Position zur aktuellen Situation im israelisch-palästinensischen Verhandlungsprozess aufzuschreiben. Während beide ihre Analysen verfassten, publizierten Al-Jazeera und The Guardian die sogenannten „Palestine Papers“ und in Ägypten begann der Volksaufstand gegen das Mubarak-Regime. Beide Ereignisse sind von größter Bedeutung für den Nahost-Friedensprozess und werden die inneren und äußeren Koordinaten des israelisch-palästinensischen Verhandlungsprozesses nachhaltig verändern.

Shaul Arieli, Ex-Oberst der israelischen Armee und prominenter Vertreter der Genfer Friedensinitiative, konstatiert in seinem Beitrag, dass Benjamin Netanyahu und seine Regierung keine eigenen Initiativen im Friedensprozess entwickelt hätten und stattdessen eine Politik des Bremsens und Verhinderns palästinensischer Vorschläge verfolgten. Während Israel als Folge dieser Politik zunehmend mit dem Image des Friedensverweigerers und mit Delegitimierung zu kämpfen habe, würden Abbas und die Palästinensische Autonomiebehörde auf verschiedenen politischen Ebenen sehr aktiv sein und zunehmend internationale Anerkennung und Unterstützung finden. Netanyahus Ziel bestünde vor allem darin, mit amerikanischer Hilfe den außenpolitischen Status Quo zu bewahren und durch Stärkung der israelischen Präsenz in Ost-Jerusalem und der Westbank sein innenpolitisches Überleben zu sichern. Die Strategie von Mahmud Abbas sei es dagegen, durch internationalen Druck, incl. die UNO, die Netanyahu-Regierung zu destabilisieren und parallel dazu die Grundlagen für einen zukünftigen palästinensischen Staat aufzubauen, der im August 2011 ausgerufen werden soll. Shaul Arieli bezieht Entwicklungen in der Region in seine Analyse ein und warnt davor, dass ein weiter zunehmender Einfluss des Iran dazu führen könnte, dass der israelisch-palästinensische Konflikt endgültig von einem nationalen zu einem religiösen Konflikt wird, für den es dann keine Lösung mehr gibt.

Israel Harel, ehemaliger Vorsitzender des Siedlerrates für Judea, Samaria und Gaza und namhafte Stimme der Siedlerbewegung im öffentlichen Diskurs Israels, kommt in seiner Analyse zu einer gänzlich anderen Einschätzung. Er ist der Meinung, dass die Netanyahu-Regierung, wie bereits die Regierungen vor ihm, Frieden mit den Palästinensern wolle und auch ständig entsprechende Initiativen ergreife. Die überwiegende Mehrheit der Israelis, einschließlich der Rechten, sei zu der Einsicht gelangt, dass Israel keine andere Wahl habe als auf Teile seiner historischen Heimat zu verzichten, Teile Jerusalems eingeschlossen, da nur so ein Frieden erreichbar sei. Dagegen seien weder die palästinensische Führung noch das palästinensische bzw. arabische Volk zu einem echten Kompromiss mit Israel bereit. Die Palästinenser würden nur zum Schein Verhandlungen führen um 1) dem Druck der Amerikaner und der internationalen Gemeinschaft nachzugeben und die Unterstützung der Weltöffentlichkeit zu bekommen und 2) Zeit zu gewinnen, bis ihre wahren Träume wahr würden, in denen Israel als Teil des Nahen Ostens nicht vorkomme, da es dort ein Fremdkörper sei. Ihr eigentliches Ziel sei die Gründung eines palästinensischen Staates auf dem Gebiet des gesamten historischen Palästinas. Im Verhältnis der arabischen Länder zur Sache der Palästinenser konstatiert er, dass diese für die arabischen Regime im Gegensatz zur offiziellen Rhetorik nicht vorrangig sei und sogar, wie in Jordanien, ein an Schärfe zunehmendes innenpolitisches Problem darstelle. Barack Obama attestiert er eine naive und idealistische Nahostpolitik und formuliert die Hoffnung, dass die US-Administration zu einer realistischen Politik zurückfinden möge.

Dr. Ralf Hexel, Leiter des FES-Büros in Israel
Herzliya, 8. Februar 2011

Wer führt beim „Tango“ zwischen Netanyahu und Abbas?

Anmerkungen zum Stand des israelisch-palästinensischen Verhandlungsprozesses

von Shaul Arieli

Seit dem Beginn von Benjamin Netanyahus zweiter Amtszeit als israelischer Ministerpräsident verläuft der Verhandlungsprozess zwischen Israel und den Palästinensern verglichen mit dem Trend der vergangenen zwei Jahrzehnten in die entgegengesetzte Richtung:

1) Während der Vorsitzende der PLO und der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA), Mahmud Abbas, auf verschiedenen Ebenen und mit Blick auf innen- und außenpolitische Faktoren die Initiative ergreift, verzichten Netanyahu und seine Regierung auf eigene außenpolitische Initiativen und konzentrieren sich auf den Versuch, die palästinensischen Vorstöße zu vereiteln bzw. zu bremsen.

2) Während Abbas der internationalen und arabischen Ebene bei seinen Entscheidungen größeres Gewicht beimisst, hat Netanyahu vor allem seine Koalition im Auge. Gleichzeitig versucht er, den Graben auszunützen, der sich zwischen der Regierung Obama und dem Repräsentantenhaus aufgetan hat, um den amerikanischen Druck auf Israel zu mindern und sicherzustellen, dass die USA Israel auch weiterhin gegen die arabischen Initiativen und Schritte des Iran – und inzwischen auch der Türkei – unterstützt.

3) Während die Palästinenser für ihre Schritte, die ausschließlich auf der außenpolitischen Ebene stattfinden, wachsende internationale Anerkennung finden, hat Israel immer mehr mit dem Image des Friedensverweigerers und mit Delegitimierung zu kämpfen.

Auf diesen Annahmen soll die folgende Analyse und Bewertung der derzeitigen, sich laufend entwickelnden Situation beruhen. Zunächst sollen die Stoßrichtung der palästinensischen Politik und ihre Initiativen beschrieben und analysiert werden. Anschließend werden die israelischen Brems- und Vereitlungsstrategien dem gegenübergestellt und die Erfolgchancen der Politik beider Seiten beurteilt: der Politik Netanyahus, der versucht, mit amerikanischer Hilfe den außenpolitischen Status quo zu bewahren und gleichzeitig sein politisches Überleben im eigenen Lager mittels Festigung der israelischen

Präsenz in Ostjerusalem und im Westjordanland durch massive Bautätigkeit zu sichern, und der Politik von Mahmud Abbas, der durch internationalen Druck Netanyahus Regierung zu destabilisieren versucht – wodurch er sich innenpolitische Vorteile verschaffen kann – und gleichzeitig den Aufbau des „werdenden Staates“ fortsetzt.

Die folgende Analyse und Beurteilung beruht in erster Linie auf zwei Arbeitsthemen: *Erstens*, die Zusammensetzung der israelischen Regierung dürfte sich nicht wesentlich ändern, weshalb sich auch ihre Politik kaum verändern wird. Die Spaltung der Arbeitspartei diese Woche hat die Möglichkeit einer Änderung der Regierungspolitik und der Zusammensetzung der Koalition meines Erachtens vorerst zunichte gemacht. Die derzeitige politische Linie der israelischen Regierung wird dadurch vielmehr gefestigt, da Netanyahu nun damit rechnen muss, mit Koalitionspartnern, die ausschließlich rechts vom Likud stehen, auf die nächsten Wahlen zuzugehen. In diesem Falle müsste er sicherstellen, dass der Likud keine Stimmen an diese Parteien verliert. Besonders Yisrael Beitenu könnte dem Likud gefährlich werden. Yisrael Beitenu unter dem Vorsitz von Avigdor Lieberman und Shas unter Eli Yishai werden meines Erachtens alles daran setzen, die Zauberformeln für den Verbleib in der Regierung zu finden, da er ihren Partikularinteressen dient. Insofern ist die Wahrscheinlichkeit, dass die Kadima-Partei, angeführt von Tzipi Livni, dieser Regierung beitrifft bzw. dass sie Yisrael Beitenu in der Koalition ablöst, um eine Basis für eine andere Politik zu bilden, als sehr gering einzustufen. Seit seiner Wahl hat Netanyahu in entscheidenden Momenten jeweils gezeigt, dass er es vorzieht, in seinem angestammten rechten Lager zu bleiben, das die Zwei-Staaten-Lösung ablehnt.

Zweitens die Annahme, dass die bestehenden Trends anhalten, wobei jederzeit damit zu rechnen ist, dass unerwartete Ereignisse neue Ausgangspunkte schaffen, die die derzeitigen Entwicklungen zwischen Israel und den Palästinensern in ganz andere Richtungen lenken könnten. Solche Entwicklungen könnten sich etwa aus dem Aufeinanderprallen der widersprüchlichen politischen Strategien beider Seiten ergeben oder durch Versuche, sie durch Ablenkung auf weitere Akteure in der Arena abzuschwächen. Denkbar in diesem Zusammenhang wären etwa eine Militäroperation gegen den Iran, eine unkontrollierte Verschlechterung der

israelisch-türkischen Beziehungen, Militäroperationen gegen die Hisbollah im Libanon oder gegen die Hamas im Gazastreifen, die Rückkehr der Fatah zu Terroraktivitäten vom Westjordanland aus gegen Israel auf beiden Seiten der grünen Linie. Und zweifellos werden die in den vergangenen Tagen durch Al-Jazeera veröffentlichten vertraulichen Protokolle der israelisch-palästinensischen Friedensverhandlungen, die eine weitreichende Konzessionsbereitschaft der palästinensischen Seite belegen, auf den Verhandlungsprozess selbst und auf die Positionierung der internationalen Gemeinschaft, z.B. in der UN, zurückwirken. Auch die aktuellen Entwicklungen in Ägypten und sich abzeichnende Veränderungen im Regime von Präsident Mubarak, bisher ein verlässlicher Partner Israels und der USA, werden die regionalen Rahmenbedingungen für den Friedensprozess spürbar verändern.

Die aktuelle Situation

Die aktuelle Situation ist im Wesentlichen durch außenpolitische Stagnation geprägt. Die palästinensische Weigerung, die direkten Verhandlungen wiederaufzunehmen, ist zwei Sachzwängen geschuldet: *Erstens* dem weniger wichtigen Umstand der Weigerung Israels, die Bautätigkeit in den jüdischen Siedlungen einzufrieren. Es handelt sich grundsätzlich um eine amerikanische Bedingung, auf der auch Abbas beharren muss, um nicht als „weniger palästinensisch“ als die Amerikaner zu erscheinen. *Zweitens* dem weitaus bedeutenderen Umstand der israelischen Weigerung, auf die palästinensischen Grundforderungen einzugehen:

a) Israel lehnt das übergeordnete Ziel der Palästinenser für die Verhandlungen ab, dass vor allem in der Anerkennung eines Palästinensischen Staates in den seit 1967 besetzten Gebieten besteht. Ehud Barak und Ehud Olmert hatten dem bei den Verhandlungen über eine dauerhafte Regelung im vergangenen Jahrzehnt bereits zugestimmt.

b) Israel weigert sich, auf die Bedingung zu verzichten, von den Palästinensern als jüdischer Staat anerkannt zu werden. Diese Bedingung wird von der palästinensischen Führung als israelische Forderung interpretiert, die Flüchtlingsfrage von der Verhandlungsagenda zu entfernen sowie als Rechtfertigung der Diskriminierung der arabischen Minderheit in Israel.

c) Israel weigert sich, die palästinensische Forderung anzuerkennen, dass die endgültige Regelung des Konflikts das Ende der Besatzung und den

vollständigen – wenn auch stufenweisen – Abzug der israelischen Truppen aus dem Westjordanland bedeutet.

Das derzeitige Muster der amerikanischen Politik und ihre fehlende Durchschlagskraft sind nicht geeignet, Netanyahu zur Änderung seiner Positionen zu bewegen, und es hat den Anschein, dass sich die USA anlässlich des jüngsten Besuches von Dennis Ross und George Mitchell in der Region in ihren Angeboten an die Palästinenser im Hinblick auf Fragen der Grenzziehung, der Sicherheitsarrangements und des Zeitplans für die Erzielung eines Abkommens ein Stück weit von den in den letzten Jahren eingenommenen Positionen weg bewegt haben. Dadurch wird die USA aus palästinensischer und arabischer Sicht erneut als parteischer Vermittler empfunden, der für Israel Partei ergreift. In dieser Woche brachte Abbas seine Enttäuschung über die amerikanische Vermittlung zum Ausdruck und übte beispiellose Kritik an dem „besonders unwürdigen Zustand, dass amerikanische Regierungsbeamte die israelischen Siedlungen und die Annexion Jerusalems durch Israel zwar als illegal betrachten, aber nichts unternehmen, um diese Aktivitäten zu verhindern“. Diese Einschätzung veranlasst die Palästinenser zu einer Reihe paralleler Schritte, die über das feste Dreieck Israel-USA-Palästina hinausgehen in der Hoffnung, einer dieser Schritte möge zum Durchbruch führen.

Palästinensische Initiativen und israelische Reaktionen

Abbas und sein Ministerpräsident Salam Fayyad handeln mit strategischem Weitblick. Ihre Schritte beruhen auf zwei einander ergänzenden Handlungskanälen - dem Aufbau des zukünftigen Staates und der Erreichung der internationalen Anerkennung dieses Staates – und konfrontieren Israel mit einer Realität, die schwieriger zu bewältigen ist, als jene zu Arafats Zeiten.

Im innenpolitischen Bereich versuchen Abbas und Fayyad mit amerikanischer und internationaler Unterstützung die Autorität der PA wieder herzustellen, gestützt auf eine Reform des Sicherheitsapparats und der palästinensischen Institutionen bzw. der palästinensischen Wirtschaft: Es geht im wesentlichen darum, die Hamas aus dem öffentlichen Raum im Westjordanland fernzuhalten, den Handlungsspielraum der Al-Aqsa-Märtyrer-Brigaden zu begrenzen, Recht und Ordnung durchzusetzen und

die wirtschaftliche Entwicklung bzw. vor allem den Mittelstand zu fördern. Sowohl Israel als auch die Palästinenser profitieren von den Erfolgen dieser Politik. Israel von der engen Kooperation im Sicherheitsbereich, vom Umstand, dass weniger eigene Truppen im Westjordanland benötigt werden und von der Stabilität im Sicherheitsbereich, die dazu führt, dass der Konflikt von der Tagesordnung der israelischen Öffentlichkeit verschwindet. Im Gegenzug erhalten die Palästinenser die Möglichkeit, ihre Polizeikräfte in den Zonen A und B neu aufzustellen (34 Polizeistationen). Zudem werden Checkpoints und Barrieren beseitigt, was sich positiv auf die Ausübung der Autorität der PA und auf die palästinensische Wirtschaft auswirkt. Aufgrund des gemeinsamen Interesses der Bekämpfung der Hamas sind beide Seiten an den Status quo gebunden und somit nicht gewillt, ihn aufzuweichen. Andererseits können die Palästinenser nun auch behaupten, die Bedingungen für den Abschluss der ersten Phase der Roadmap erfüllt zu haben, und die weitere Umsetzung des Planes fordern, dem auch Israel zugestimmt hat.

Ein weiterer palästinensischer Schritt auf innenpolitischer Ebene ist Abbas' Versuch, eine Versöhnung mit der Hamas zu erreichen, damit auf der palästinensischen Seite nur noch ein Ansprechpartner existiert. Kurzfristig dürfte dieser Versuch, der sich auf ein ägyptisches Dokument stützt, das von der Fatah bereits unterzeichnet wurde, kaum Chancen haben. Doch sollte dies in Zukunft gelingen, könnte das der im innerpalästinensischen Kontext höchst umstrittenen Sicherheitskoordination mit Israel die Grundlage entziehen, die Belagerung Gazas, bzw. was von dieser Belagerung noch übrig ist, beenden und dem israelischen Argument wirkungsvoll begegnen, dass Abbas nicht alle Palästinenser vertrete.

Auf außenpolitischer Ebene bedient sich Abbas folgender Doppelstrategie: Neben unilateralen Schritten auf internationaler Ebene hält er sich die Option offen, die Verhandlungen im früheren Format wiederaufzunehmen, wenn entsprechende Kompromissformeln gefunden werden. Zu diesem Zweck agiert er gleichzeitig auf mehreren Kanälen, die er je nach Einschätzung der Veränderungschancen des Status quo und der Gründung eines Palästinenserstaates unterschiedlich priorisiert.

Erstens, von der Annahme ausgehend, dass die Einfrierung der Bautätigkeit in den jüdischen Siedlungen nicht erneuert wird und Netanyahu seine Bedingungen beibehält, dürfte Abbas die Amerikaner dazu drängen, einen eigenen Vorschlag für ein Rahmenabkommen vorzulegen, mit dem er „leben kann“. Mit dieser Unterstützung sowie im Rahmen des diplomatischen Schirms der Arabischen Friedensinitiative könnte er sich bereit erklären, die direkten Verhandlungen wieder aufzunehmen, ohne sich dabei allzu heftiger Kritik im palästinensischen Lager auszusetzen und ohne im Wettbewerb mit der Hamas um die palästinensische öffentliche Meinung seine Glaubwürdigkeit zu verlieren. Haben die Palästinenser bei diesem Vorhaben Erfolg – sei es dadurch, dass die USA bei der Unterstützung Israels zunehmend isoliert würden – würde dies Netanyahu dazu zwingen, auf die erwähnten Zielvorgaben einzugehen. Aus Netanyahus Sicht wäre das aber immer noch das kleinere Übel: Er würde den amerikanischen Vorschlag und nicht die palästinensische Position als Ausgangspunkt für Verhandlungen akzeptieren. Doch einstweilen scheint es Israel zu gelingen, das palästinensische Vorhaben durch die jüdische Lobby und Netanyahus republikanische Freunde im Repräsentantenhaus zu vereiteln. Dies erklärt das aus palästinensischer Sicht „beleidigende Angebot“, das der Sondergesandte Mitchell Abbas vor zwei Wochen unterbreitet hat.

Zweitens dürfte Abbas vorsichtige Versuche unternehmen, die Unterstützung der Vereinten Nationen für seine Ziele zu gewinnen. Demnach würden sich die Palästinenser bei ihren Forderungen im Rahmen der Vereinten Nationen zunächst auf die Siedlungsthematik konzentrieren, da die internationale Gemeinschaft in ihrer Opposition gegen den Siedlungsbau und die Erweiterung bestehender jüdischer Siedlungen weitgehend einig ist. Ein palästinensischer Vorstoß in den Vereinten Nationen dürfte also mit dieser Frage beginnen, da die Amerikaner aufgrund ihrer klaren Position gegen die Fortsetzung des Siedlungsbaus kaum Spielraum für ein Veto hätten. Generell dürften die Palästinenser versuchen, die Verurteilung des Siedlungsbaus als Resolution im Sicherheitsrat durchzubringen und nicht als bedeutungslose Mitteilung des Sekretariats des Sicherheitsrates. Sie planen, ihren Resolutionsvorschlag in diesen Tagen, also nach dem Jahres-

wechsel einzubringen, d.h. nach der Ablösung der USA durch Bosnien-Herzegowina als Ratsvorsitzende.

Auf dieses Szenario bereitet sich Israel vor, indes es versucht, sich die Unterstützung der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates und vor allem das amerikanische Veto zu sichern. Die Vereinigten Staaten haben sich zwar bislang gegen die Anrufung des Sicherheitsrates gewandt, da dies einen einseitigen Schritt darstellen würde, der dem Grundsatz widerspräche, wonach die Bestandteile einer dauerhaften Friedensregelung ausschließlich am Verhandlungstisch zu erörtern sind. Zudem haben sie der PA gegenüber deutlich gemacht, dass die Einbringung eines solchen Vorschlags Folgen für die Beziehungen zwischen den USA und der PA haben würde. Praktisch unternehmen die Vereinigten Staaten jedoch nichts, um die Behandlung eines solchen palästinensischen Resolutionsvorschlags zu verhindern und haben bislang nicht verlauten lassen, wie sie sich verhalten werden, wenn ein solcher Vorschlag eingebracht wird.

Den Entwicklungen entsprechend dürfte die PLO auch die Möglichkeit erwägen, dem Sicherheitsrat einen Resolutionsantrag zur Anerkennung eines Palästinensischen Staates in den Grenzen von 1967 mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt vorzulegen. Sollten die USA gegen einen solchen Vorschlag ihr Veto einlegen, aber keine weiteren Schritte androhen, könnten die Palästinenser den Schritt erwägen, um Unterstützung für die Anwendung von Resolution 377 (V) „Vereint für den Frieden“ der Generalversammlung (GV) zu werben, bei der es im Wesentlichen um folgendes geht: Wenn sich der Sicherheitsrat in Angelegenheiten des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit nicht einigen kann und sich aufgrund des Vetos eines seiner Mitglieder außerstande sieht, auf Angriffshandlungen zu reagieren, kann die GV binnen 24 Stunden zur Beratung einberufen werden und Empfehlungen für effektive Kollektivmaßnahmen zur Wahrung des Friedens oder zur Wiederherstellung des Friedens abgeben. Sollte die Mehrheit der Staaten dies unterstützen und sich der Vetostaat in der Minderheit befinden, könnte die Empfehlung umgesetzt werden, die Entsendung einer internationalen Truppe inbegriffen. Resolution 377 (V) bedeutet also, dass die GV effektive kollektive Schritte beschließen und nicht nur Empfehlungen für solche

Schritte abgeben kann.

In diesem Falle wären Israels Möglichkeiten sehr beschränkt, da davon auszugehen ist, dass die Palästinenser einen solchen Schritt nur dann beschreiten werden, wenn sie vorher Garantien von Dutzenden von Staaten für die Anerkennung ihres Staates erhalten haben. Israel würde in einem solchen Fall potentiell nur von sehr wenigen Staaten unterstützt werden, die angesichts der allgemeinen Tendenz der Anerkennung eines Palästinensischen Staates ebenfalls unter Druck kämen.

Selbst wenn diese Schritte nicht die erhofften Früchte tragen sollten, gehe ich nicht davon aus, dass die Palästinenser dann in naher Zukunft bestehende Abkommen mit Israel aufkündigen würden, oder dass es sogar zur Auflösung der PA käme. Der palästinensische Ministerpräsident Salam Fayyad hat dazu im Gespräch mit der Londoner Tageszeitung „Al-Hayat“ jüngst folgendes betont: „Die Auflösung der PA ist in meinen Augen keine Option. Die PA ist ein Werk, das dem Aufbau eines Staates dient, das heißt, es geht um die Erlangung der Unabhängigkeit. Das ist der wichtigste Schritt. Die PA ist also nicht nur dazu da, die alltäglichen Bedürfnisse des palästinensischen Volkes zu erfüllen, sondern sie ist vor allem auch eine nationale Notwendigkeit. So steht es im Zwei-Jahresplan 'Palästina: Ende der Besatzung und Staatsgründung', den die PA seit August 2009 umsetzt“. Bleiben Abkommen und internationale Unterstützung aus, könnte die PLO unter dem Druck der palästinensischen Öffentlichkeit, geführt von der Hamas, bestehende Abkommen mit Israel jedoch längerfristig aufkündigen. In diesem Falle wäre Israel erneut gefordert, eine Zivilverwaltung für die palästinensische Bevölkerung einzurichten oder Dritte zu ersuchen, die Verantwortung für die palästinensische Bevölkerung zu übernehmen. Die Wahrscheinlichkeit, dass sich jemand zu einem solchen Mandat bereitfinden könnte, ist sehr gering.

Sollten die direkten Verhandlungen trotz allem wieder aufgenommen werden, ist davon auszugehen, dass Netanyahu mit seiner aktuellen Koalition nicht mehr anbieten wird als ein Interimabkommen mit Parametern, die die Palästinenser aus den erwähnten innenpolitischen Gründen nicht akzeptieren können. Dies umso mehr nach der Veröffentlichung der Al-Jazeera Wikileaks. Sollte es trotzdem zu unerwarteten Ereignissen kommen, könnten diese

dafür genutzt werden, ein langfristiges Interim abkommen zu erzielen auf der Grundlage einvernehmlicher Grenzziehung und Sicherheitsarrangements sowie schriftlicher Garantien für die Palästinenser im Hinblick auf den zukünftigen Status Jerusalems und die Flüchtlingsfrage.

Der Einfluss des regionalen Umfeldes

Die vorliegend skizzierten Szenarien spielen sich in einem Raum ab, in dem sich außer Israel und den Palästinensern noch zahlreiche weitere, nähere und entferntere Machtfaktoren befinden, die die Entwicklungen beeinflussen und ihrerseits von den Schockwellen betroffen sind, die der israelisch-palästinensische Konflikt weit über die Grenzen des unmittelbar betroffenen Gebietes aussendet. Zu nennen wären besonders Ägypten, wo das Regime Mubarak derzeit um sein politisches Überleben kämpft, Jordanien, die Arabische Liga sowie der Iran und die Türkei.

Auch wenn es in den Verhandlungen mit den Palästinensern weiterhin keinen Fortschritt gibt, ist die Sicherheitskooperation mit Ägypten weiterhin von großer Bedeutung. Angesichts möglicher Veränderungen in der ägyptischen Politik, wie z.B. der Teilnahme der Muslimbruderschaft an einer zukünftigen ägyptischen Regierung, ist man in Israel sehr beunruhigt und verfolgt die Entwicklungen im Nachbarland mit größter Aufmerksamkeit. Bisher waren sowohl die israelische wie die ägyptische Seite daran interessiert, der Hamas im Gazastreifen entgegenzuwirken, sowohl im Hinblick auf ihre Verbindung zur Muslimbruderschaft in Ägypten als auch in ihrer Funktion als „Vertreterin“ iranischer Interessen.

Entsprechend dürften sich auch die jordanischen Sicherheitsanstrengungen entlang der Grenze zwischen Jordanien und dem Westjordanland fortsetzen, die Infiltrierungsversuche islamistischer Freischärler und den Waffenschmuggel effektiv zu unterbinden, was sowohl im Interesse Jordaniens als auch Israels ist. Zudem dürfte Israel bei jedem Schritt gegen den Iran die schweigende Unterstützung arabischer Staaten genießen, da der Iran den Block der prowestlichen arabischen Staaten bedroht. Andererseits kann Israel nicht erwarten, dass die arabische und muslimische Welt wie zu Zeiten der Osloer Vereinbarungen erneut acht Vertreter nach Israel entsendet. Stattdessen könnte Israel sich sehr bald schon ohne den ägyptischen Bot-

schafter, dem letzten arabischen Vertreter in Israel, wiederfinden. Die arabische Welt wird die Friedensinitiative der Arabischen Liga meines Erachtens nicht so schnell fallenlassen. Denn deren Aufrechterhaltung hilft dabei, Israel als Friedensverweigerer darzustellen, der das bislang großzügigste arabische Angebot ausschlägt. Andererseits würde die Ausschaltung der iranischen Bedrohung, sei es durch eine Militäroperation oder durch Sanktionen, Israel und den führenden arabischen Staaten, Ägypten, Saudi-Arabien und Jordanien die gemeinsame Grundlage für die weitere Aufrechterhaltung der Initiative beenden.

Eine weitere mögliche Entwicklung, auf die sich Israel kurz- und mittelfristig einstellen muss, betrifft den Aufstieg des Iran und der Türkei zu Regionalmächten mit erheblichem Einfluss auf die muslimische und die arabische Welt. Der Iran unterstützt die Hamas gegen die PLO, nicht nur im Gazastreifen, sondern in letzter Zeit auch in den Flüchtlingslagern im Libanon. Er stärkt die Hamas und jihadistisch-salafitische Organisationen in den Lagern angesichts der Schwächung der lokalen Fatah-Machthabapparate. Längerfristig könnte diese Tätigkeit der PLO den letzten Rest Legitimität als Vertreterin des palästinensischen Volkes kosten und die Chancen von Abbas zunichtemachen, ein Referendum über ein Abkommen mit Israel – sollte dieses je zustande kommen – zu gewinnen. Mittelfristig dürfte der Einfluss des Iran als Staat mit atomarem militärischen Potential auf die arabischen Staaten wachsen und sie dazu bewegen, die Hamas anstelle der PLO als legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes anzuerkennen. Eine Entwicklung dieser Art könnte die Wandlung von einem nationalen Konflikt zu einem religiösen Konflikt zum Abschluss bringen und die politische Gelegenheit zur Erzielung eines Ausgleichs zwischen Israel und der arabischen Welt im allgemeinen und den Palästinensern im besonderen zunichtemachen.

Zusammenfassend wäre die internationale Gemeinschaft gut beraten, im Hinblick auf den israelisch-palästinensischen Konflikt gleichzeitig auf drei Ebenen zu handeln:

- 1) die Bemühungen um Wiederaufnahme direkter und effektiver Verhandlungen zwischen Israel und den Palästinensern fortsetzen;
- 2) die Entwicklung aufmerksam verfolgen, um eine rapide Verschlechterung der Beziehungen [zwi-

schen Israel und den Palästinensern] zu vermeiden, die zu einem weiteren begrenzten oder umfassenden Gewaltausbruch führen würde.

3) schließlich weiterhin auf beiden Seiten die Zivilgesellschaften unterstützen, die auf die Beendigung des Konflikts hinarbeiten.

Shaul Arieli ist Ex-Oberst der Israelischen Verteidigungsstreitkräfte (IDF). Er war unter mehreren Regierungen an israelisch-palästinensische Verhandlungen beteiligt. Er ist einer der prominentesten Vertreter der Genfer Friedensinitiative und Autor mehrerer Bücher und einer Vielzahl journalistischer Arbeiten zum Nahostfriedensprozess.

Mit Vollgas im Leerlauf

von Israel Harel

Der vorliegende Artikel soll zeigen, dass nur eine Seite im israelisch-palästinensischen Konflikt, die israelische, wirklich den Fortschritt im Friedensprozess anstrebt, während die andere Seite, die palästinensische, aufgrund struktureller, religiöser, gesamtarabischer und politischer Probleme diese Bestrebung nicht oder nur vordergründig teilt. Die Enthüllungen der letzten Tage auf *Al-Jazeera* zeigen, dass dies der wahre Grund dafür ist, dass die Gespräche festgefahren sind.

Zu den Verhandlungen und den wahren Zielen der Palästinenser

Wenn Staaten miteinander Verhandlungen aufnehmen, haben sie in der Regel gemeinsame Endziele vor Augen. Sie sind bestrebt, früher oder später zu Vereinbarungen zu gelangen, mit denen beide Seiten leben können und wollen. Es hat aber in der Menschheitsgeschichte auch Verhandlungsprozesse gegeben, bei denen eine Seite zwar aktiv an den Verhandlungen teilnahm, aber nicht weil sie an Vereinbarungen interessiert war, sondern um durch bloße Teilnahme verdeckte Ziele zu tarnen, wie etwa Versuche, Sympathien in der öffentlichen Meinung im In- und Ausland zu gewinnen. Der Verhandlungspartner soll, unter anderem durch strategische Irreführung, in Sicherheit gewogen werden, um getarnte Ziele zu erreichen.

Das trifft meines Erachtens auch für den israelisch-palästinensischen Fall zu. Obwohl Israel und die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) bereits seit vielen Jahren direkt miteinander verhandeln, können diese Verhandlungen nicht zum Abschluss gebracht werden, weil die palästinensische Seite ganz andere Ziele verfolgt als die, die Israelis, Amerikanern, dem Quartett und der Weltöffentlichkeit mitgeteilt werden. Mit anderen Worten, um Frieden geht es der PA nicht. Auf israelischer Seite sind die Regierungen hingegen am Frieden interessiert, auch die derzeit amtierende Likud-Regierung. Das gilt auch für die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung. Die israelischen Bürger, darunter auch jene, die sich mit der „Rechten“ identifizieren, sind zu der Einsicht gelangt, dass Israel das „Palästinenserproblem“ auf friedliche Art lösen muss. Da es sich ihrer Meinung nach im Kern um einen Territorialkonflikt handelt, hat Israel keine andere Wahl als in

einer Friedenslösung auf Teile der historischen Heimat zu verzichten, sogar auf Teile Jerusalems. Die weitreichenden Zugeständnisse des früheren israelischen Premierministers Ehud Olmert, die kürzlich in den von *The Guardian* und *Al-Jazeera* publizierten Dokumenten bekannt wurden, belegen dies klar.

Die Rede, in der sich Netanjahu für die „Zwei-Staaten-Lösung“ aussprach, kam einer schallenden Ohrfeige für seine Wähler gleich. Die Likud-Partei war bekanntlich stets gegen einen palästinensischen Staat, weil ein solcher Staat Gebiete umfassen würde, die zum historischen israelitischen Königreich gehörten. In der Rede manifestierte sich also eine ideologische Kehrtwende. Die letzte bedeutende politische Kraft in der israelischen Politik, die gegen „Territorialkompromisse für Frieden“ gewesen war, schloss sich damit dem sogenannten Friedenslager an. Die Aufregung war groß, und es wurden Verrats-Vorwürfe laut. Doch hat Netanyahu deshalb den neuen Kurs inzwischen widerrufen? Hat Olmert seine beispiellosen Zugeständnisse, den Verzicht auf Jerusalem (mit Ausnahme des jüdischen Viertels), die er Abu Mazen gegenüber gemacht hat, dementiert? Hat Olmert jetzt nach den Enthüllungen auf *Al-Jazeera* seinen Kurs widerrufen? Bedauert er, diese Zugeständnisse gemacht zu haben? Keineswegs. Abu Mazen hingegen weist die Enthüllungen *Al-Jazeeras* entschieden zurück. Was zwingt ihn zu diesen Dementis? Er hat doch schließlich einen historischen Erfolg errungen: die Kontrolle über den größten Teil der Jerusalemer Altstadt, über Ostjerusalem, den fast vollständigen Rückzug Israels von den übrigen Teilen des Westjordanlands, inklusive Entwurzelung der Bewohner der meisten Siedlungen und Abtretung israelischen Territoriums gegen jüdische „Siedlungsblöcke“, die im Westjordanland verbleiben werden. Nicht einmal Arafat konnte solche Erfolge vorweisen. Weshalb werden also in Jenin, Nablus und Hebron Konterfeis von Abu Mazen verbrannt? Weshalb sind die israelischen Sicherheitsdienste gezwungen, für die persönliche Unversehrtheit Abu Mazens und das Überleben der Autonomiebehörde mit zu sorgen?

Statt seine Errungenschaften mit Stolz zu präsentieren, statt seinem Volk deren große Bedeutung zu vermitteln – vor allem dass sie Unabhängigkeit bedeuten würden – sieht er sich zu Dementis gezwungen. Weshalb? Die Reaktionen des Anfüh-

ners der PA auf seine eigenen Verhandlungserfolge und seine Weigerung, auf dieser Basis Gespräche mit der Regierung Netanyahu zu führen, um ein endgültiges Abkommen zu erzielen, lassen nur einen Schluss zu: Das arabische Volk (die Verurteilung Abu Mazens umfasste die ganze arabische Welt, nicht nur die Palästinenser) hat noch keine Sehnsucht zum Frieden entwickelt, wie sie das jüdische Volk charakterisiert. Und es ist zu bezweifeln, ob es diese Sehnsucht jemals entwickeln wird. Zudem kann aus der umfassenden Dementierung der Übereinstimmungen mit Olmert folgendes geschlossen werden: Die Gespräche wurden nicht geführt, um ein Abkommen zu erzielen, sondern um dem Druck der Amerikaner und anderer Seiten nachzugeben, und um Sympathien in der Weltöffentlichkeit zu gewinnen.

Ich weiß nicht, ob wir es hier mit einer ursprünglich hebräischen Redensart zu tun haben, oder ob sie, wie manche andere, aus anderen Kulturen entlehnt ist, doch was die Friedensverhandlungen zwischen Israel und den Palästinensern (im Verlaufe der Jahre seit den Osloer Gesprächen und der Unterzeichnung der Protokolle, die später zu Abkommen ausgebaut wurden) anbetrifft, legen die Israelis einen Plan nach dem anderen für die Lösung des Palästinenserproblems vor, während sich die Palästinenser jedes Mal vor Entscheidungen drücken. Die Verhandlungen kommen nicht voran und bewegen sich bestenfalls im Leerlauf. Dieser Leerlauf wird von einem Terrorkrieg begleitet, durch Selbstmordattentäter, wie bereits unmittelbar nach der Unterzeichnung der Osloer Abkommen oder durch den Abschuss von Raketen auf zivile Ziele.

Das Ziel der Palästinenser ist es, wie palästinensische Vertreter von Zeit zu Zeit selbst offen erklären, Zeit zu gewinnen, bis ihre wirklichen Träume wahr werden. In diesen Träumen kommt Israel nicht als politisches, nationales zionistisches Gemeinwesen vor, das Anspruch auf Anerkennung und Koexistenz hat, sondern als Fremdkörper, den es irgendwie zu beseitigen gilt. Wegen Israels militärischer Überlegenheit soll das nach Möglichkeit ohne umfassende militärische Konfrontation geschehen. Terror ist hingegen erwünscht, weil er das israelische Hinterland in einen Abnutzungskrieg verwickelt, wie zu Beginn des vergangenen Jahrzehnts zu sehen war. Und außerdem, weil er die Bevölkerung demoralisiert, innere Konflikte schürt und sogar Zweifel am

langfristigen Überleben des zionistischen Gemeinwesens in der ihm feindlich gesinnten Umgebung erzeugt, die dessen Präsenz in der Region nicht toleriert.

Rein formal haben die Palästinenser am „Friedensprozess“ teilgenommen, doch faktisch wurde von den zahllosen Plänen, die die israelischen Regierungen bei den Verhandlungen mit den Palästinensern vorlegten, kein einziger akzeptiert. Nicht einmal die Pläne, die von außerparlamentarischen Gruppen aus der israelischen Linken vorgelegt wurden, wie etwa die „Genfer Initiative“ (deren Initiatoren ungeachtet des Rückzugs Abu Mazens von den Vereinbarungen mit Olmert nach wie vor Inserate mit dem Slogan „Es gibt einen Partner“ veröffentlichten). Die arabische Seite hat immer nur abgelehnt und nie eine eigene umfassende Alternative vorgelegt, auf deren Grundlage sich Grenzen ziehen ließen und die mit weiteren Artikeln zu nicht-territorialen Aspekten ergänzt werden könnte. Die umfassenden und tief empfundenen Reaktionen der palästinensischen Bevölkerung auf die „Zugeständnisse“ Abu Mazens („Wir sterben lieber als auf Teile Jerusalem und auf das Recht auf Rückkehr zu verzichten“, sagte er am 26. Januar in Ramallah) zeigen mit aller Deutlichkeit, dass derzeit kein Abkommen möglich ist und auch in absehbarer Zukunft nicht möglich sein wird.

Viele Leute, ein Großteil davon mit guter Absicht, haben versucht, zwischen den Seiten Frieden zu stiften. Einige haben dieser Aufgabe den größten Teil ihrer Laufbahn gewidmet. Parteien sowie nationale und internationale Organisationen haben erhebliche Anstrengungen und Ressourcen in die Förderung des ersehnten Frieden investiert. Amerikanische Präsidenten haben ihr ganzes Prestige in die Waagschale geworfen und ihre gesamte Energie in die Förderung dieses edlen Ziels gesetzt. Politische Lager in Israel sind aufgrund ihrer – zuweilen obsessiven – Auseinandersetzung mit der Verwirklichung des Friedensideals aufgestiegen und gefallen. Und da sie in diese Sache – umsonst – so viel investiert haben, weigern sie sich nun, der Realität nüchtern ins Angesicht zu blicken. Statt die Richtung zu ändern, versinken sie nur tiefer im Morast, aus dem es in der derzeitigen Konstellation kein Entkommen gibt.

Wären sie sich selbst gegenüber ehrlich, würden sie

– die leider richtige – Schlussfolgerung ziehen, dass die Palästinenser einzig daran interessiert sind, Zeit zu gewinnen, um ihr höchstes strategisches Ziel verwirklichen zu können: Die Gründung eines palästinensischen Staates auf dem gesamten Gebiet Palästinas, das Gebiet östlich des Jordanflusses mit eingeschlossen, also vom Mittelmeer bis zur irakischen Grenze. Zunächst soll ein Staat vom Mittelmeer bis zum Jordan gegründet werden, im Anschluss würde dann Jordanien in den Staat Palästina eingegliedert.

Ein Abu Mazen nahestehender palästinensischer Intellektueller fragte mich etwa vor zehn Jahren, wo der Staat Palästina meiner Meinung liegen sollte. In Jordanien, entgegnete ich. Nicht nur das Westjordanland, auch Jordanien wurde den Juden in der Balfour-Deklaration versprochen. Und der Völkerbund, der später von den Vereinten Nationen abgelöst wurde, nahm die Balfour-Deklaration an und verlieh ihr damit völkerrechtlichen Status. Ich bin bereit, auf Jordanien zu verzichten, obwohl dieses Gebiet mindestens drei Mal so groß ist wie das Gebiet des Staates Israel und des Westjordanlandes zusammen. Wenn es euch wirklich um einen Staat ginge, und ihr diese Bestrebung in Jordanien umgesetzt hättet, fügte ich hinzu, hättet ihr schon lange einen Staat. 70% der Bürger Jordaniens sind schließlich Palästinenser. Von meiner Direktheit überrascht, nahm der Mann die Herausforderung an. „Stimmt“, gab er am Ende des langen Gesprächs, dessen Details hier nicht preisgegeben werden sollen, zu, „auch Jordanien wird schließlich ein Teil von Palästina sein. Das Land wird uns unter bestimmten politischen Voraussetzungen, wofür es verschiedene Szenarien gibt, wie eine reife Frucht in den Schoß fallen. Bis es soweit ist, dürfen wir nicht selbst aktiv werden, um diese Entwicklung zu beschleunigen, und schon gar nicht, bevor wir einen Staat im Westjordanland haben. Wir dürfen keinen Fehler begehen und uns Jordanien und weitere arabische Staaten nicht zu Feinden machen. Der Prozess ist ohnehin unvermeidlich.“

Die Bemühungen der PA um internationale Anerkennung

In den vergangenen Monaten haben einige Staaten Südamerikas den Staat Palästina anerkannt. Das geschah aufgrund palästinensischer diplomatischer Bemühungen, die Israel diplomatisch zweifellos in Verlegenheit bringen. Doch genau wie das Verhal-

ten der Palästinenser in den Gesprächen mit Israel sind auch diese Anerkennungen verschwommen. Welchen palästinensischen Staat erkennen diese Staaten an? Welche Staatsform wird er haben? Wo werden seine Grenzen verlaufen? Diese und andere Fragen können oder wollen nicht einmal die untereinander zerstrittenen Palästinenser beantworten, besonders angesichts der derzeitigen Enthüllungen auf *Al-Jazeera*. Und da die Staaten, die Palästina anerkannt haben, mit Ausnahme von Venezuela, nicht wollen, dass dieser Staat auf den Ruinen Israels entsteht, können die Palästinenser ihre Wahrheit nicht preisgeben, nämlich dass sie die Existenz Israels als nationale Heimstätte des jüdischen Volkes nicht akzeptieren und reden über die „Grenzen von 1967“ daher. Da es diese Grenzen nie gegeben hat (es gab Waffenstillstandsvereinbarungen, in denen ausdrücklich vermerkt wurde, dass es sich um provisorische Grenzen handelt und ihr endgültiger Verlauf in Verhandlungen festzulegen ist), ist es vorerst schwierig zu beurteilen, welches Gewicht diese Anerkennungen haben werden und wie sie sich langfristig auswirken, abgesehen davon, dass sie Israel in Verlegenheit bringen.

Die Staaten, die Palästina anerkennen, dienen mit ihrem Schritt genommenen weder dem Frieden noch beschleunigen sie damit die Gründung eines palästinensischen Staates an der Seite Israels. Im Gegenteil, die Anerkennung des Staates Palästina verzögert dessen Gründung. Ermutigt von der Unterstützung, die ihnen zuteilwird, sagen sich die Palästinenser: Wenn uns ein Staat nach dem anderen anerkennt, dann brauchen wir nicht mit Israel zu verhandeln und müssen uns selbst keine Rechenschaft über die angestrebten Grenzen unseres Staates oder über die Beziehungen zwischen dem palästinensisch-arabischen Staat und dem israelisch-jüdischen Staat geben. Nicht einmal den Terror müssen wir unterbinden. Man erkennt uns tatsächlich an, obwohl wir weiter Kassam-Raketen auf jüdische Ortschaften im westlichen Negev schießen. Kurzum, diese Anerkennungen – das ist die Wahrheit – ermöglichen den Palästinensern, sich weiterhin vor historischen Entscheidungen zu drücken, vor allem vor den wichtigsten Entscheidungen: der Anerkennung des Staates Israel als jüdischen Staat und als nationale Heimstätte des jüdischen Volkes sowie von der Festlegung realistischer Grenzen, die den historischen, sicherheitsrelevanten und demographischen Bedürfnissen Israels Rechnung tragen.

Diese Anerkennungen – zuletzt von Peru – rücken den Tag, an dem die Frage der Anerkennung des Palästinenserstaates in den Vereinten Nationen zur Abstimmung vorgelegt wird, näher heran. Die Anerkennung durch die Vereinten Nationen wird automatisch erfolgen. Sie wird nicht an die Bedingung geknüpft sein, dass die Palästinenser die Existenz Israels als jüdischen Staat anerkennen auf der Grundlage des im UN-Teilungsplan von 1947 festgeschriebenen Grundsatzes, wonach der Staat Israel ein jüdischer Staat und die Heimstätte des jüdischen Volkes sein soll, und selbstverständlich ohne dass es vorher zu einer Vereinbarung über die Grenzen kommt. Sollte die Entwicklung so verlaufen, was sehr wahrscheinlich ist, würde der Frieden in ferne Zukunft rücken oder überhaupt nicht eintreten, denn ein solcher Beschluss würde die Palästinenser dazu ermutigen, die Verhandlungen nicht wieder aufzunehmen, da sie ihr derzeitiges Ziel in diesem Fall ja auch ohne Verhandlungen erreicht hätten, nämlich ohne jede Gegenleistung, nicht einmal deklarativer Art, von den Vereinten Nationen als Staat anerkannt zu werden. Das wäre ein idealer Ausgangspunkt für die Verwirklichung ihrer eigentlichen strategischen Ziele auf lange Sicht.

Die israelisch-amerikanischen Beziehungen vor dem Hintergrund der außenpolitischen Stagnation

Seit dem Amtsantritt Barak Obamas als Präsident der Vereinigten Staaten befinden sich die israelisch-amerikanischen Beziehungen an einem toten Punkt. Obama, ein selbsternannter Idealist in angebrachten und weniger angebrachten Bereichen, hat beschlossen, dem Heiligen Land die Pax Americana zu bringen. In Ermangelung ausreichender Kenntnis der wahren Ursachen für die Abwesenheit von Frieden zwischen Juden und Arabern und aufgrund des – oberflächlichen – Eindrucks, dass der Schlüssel zur Lösung des Problems bei Israel liegt, konzentriert sich Obama darauf, Druck auf Israel auszuüben. Weiterhin konzentriert er sich auf die Versöhnung mit der islamischen Welt, mit der sein Land ein gespanntes Verhältnis hat, besonders seit den Anschlägen vom 11. September. In der Amtszeit seines Vorgängers George Bush haben jene Verhandlungen zwischen Israelis und Palästinensern stattgefunden, über die die *Al-Jazeera* derzeit ausführlich berichtet. Obwohl während jener Verhandlungen in den Siedlungen gebaut wurde (wenn auch nicht durch den Staat), hinderte dies Abu

Mazen und sein Verhandlungsteam nicht daran, sich mit dem israelischen Ministerpräsidenten zu treffen. Auch mit der Außenministerin und mit Ausschüssen der israelischen Regierung trafen sich die Palästinenser regelmäßig. Doch als Obama kam und damit begann, Druck auf Israel auszuüben, blieben dieselben Palästinenser, die vorher alle paar Tage nach Jerusalem gekommen waren, nicht nur fern. Sie weigerten sich auch, die Verhandlungen wieder aufzunehmen, es sei denn, Israel friert die Bautätigkeit in den jüdischen Siedlungen ein. Israel gab dieser Forderung unter dem gewaltigen Druck Obamas und seiner Administration nach. Die israelische Regierung hat die Bautätigkeit für 10 Monate komplett eingefroren, inklusive den Bau von Kliniken und Kindergärten und alles zerstört, was in jener Zeit trotzdem gebaut wurde. Damit hat sich die Regierung gravierende innenpolitische Probleme geschaffen, handelt es sich doch um eine Likud-Regierung, deren Vertreter den Wählern vor den Wahlen im Gegensatz zur Regierung Olmert, versprochen hatten, an diesen Orten zu bauen. Doch der Baustopp beeindruckte die Palästinenser nicht. Sie blieben dem Verhandlungstisch trotzdem bis heute fern.

Ich werfe Präsident Obama nicht vor, dass die Palästinenser auf einen „hohen Baum geklettert sind“, weil sie hofften, dass der amerikanische Druck Israel auf die Knie zwingen würde. Wer jedoch glaubt, dass die Palästinenser Frieden wollen und die amerikanische Regierung eine Schlüsselrolle bei der Befriedung des Nahen Ostens spielen kann, muss sich einige Kritik gefallen lassen. Sie sollten zumindest die Tatsache anerkennen, dass Obama mit seiner Unvernunft und seiner idealistisch verkündeten Sichtweise bereits erzielte Fortschritte zunichte gemacht hat (wobei in Wahrheit gar nichts erreicht wurde, wie die Dementis von Abu Mazen in den letzten Tagen zeigen) und die Palästinenser dazu veranlasste, auf einen „hohen Baum zu klettern“, von dem sie nicht so leicht wieder herunterkommen, selbst wenn sie wollten, was ja ohnehin nicht der Fall ist. Obama hat nichts gelernt. Die gegenstandslose Doktrin, wonach die Lösung der Probleme Amerikas mit der arabischen und islamischen Welt von der Lösung des israelisch-palästinensischen Problems abhängt, dominiert seine Außenpolitik nach wie vor. Dass sich an dieser Haltung nichts geändert hat, ist beunruhigend. Hat Obama am Anfang seiner Amtszeit aufgrund

falscher strategischer Bewertungen so gehandelt (seine Kairo-Rede hat Israel zwar geschadet, jedoch keine Annäherung zwischen der islamischen und arabischen Welt und den Vereinigten Staaten bewirkt), so hätte er diesen Kurs zwei Jahre später zumindest nicht mehr weiterverfolgen sollen. Er meidet Israel nach wie vor und ist stattdessen nach Jakarta geflogen, um dort jene Doktrin zu bekräftigen, deren Fundament er in Kairo gelegt hatte. Die Tatsache, dass die Jakarta-Rede trotz amerikanischer Enttäuschung angesichts der Resultate der Kairo-Rede gehalten wurde zeigt, dass er, wie man zu sagen pflegt, nichts gelernt und nichts vergessen hat.

Die Funkstille zwischen Israel und den USA seit der Wiederaufnahme der Bautätigkeit in Judäa und Samaria (wie zu Zeiten Olmerts geht es, wie erwähnt, nicht um staatliche Bautätigkeit!) bedeutet nicht unbedingt, dass Obama beginnt, seine Fehler einzusehen. Auch nicht die Tatsache, dass Israel in seiner Rede an die Nation vom 25. Januar überhaupt nicht erwähnt wurde. Es ist durchaus möglich, wie Benjamin Netanyahu sporadisch andeutete (und ebenfalls Ehud Barak nach der hässlichen Trennung von seiner Partei, der Arbeitspartei), dass sich zwischen der amerikanischen Administration und der israelischen Regierung hinter den Kulissen etwas zusammenbraut und dass ein paar hundert Wohnungen, die derzeit in den besetzten Gebieten gebaut werden, ein „umfassendes Programm“ nicht behindern würden. Falls sich hinter den Kulissen im Hinblick auf eine politische Lösung des Konflikts nichts Geheimes und Dramatisches abspielt, wären für die Pause im Streit zwischen der Administration Obama und der Regierung Netanyahu noch weitere Gründe im Hinblick auf die übergeordneten gemeinsamen Interessen der beiden Staaten denkbar. Beispielsweise im Zusammenhang mit dem Iran. Dass es Israel – verschiedenen Berichten im Ausland zufolge – gelungen ist, ohne Gewaltanwendung die zur Herstellung einer Atombombe dienenden iranischen Zentrifugen zu sabotieren, hat den Status des Landes in den Augen der Großmacht USA zweifellos aufgewertet. Vielleicht hat die Funkstille auch mit den innenpolitischen Sorgen Obamas zu tun. Israel hat bekanntlich einige gute Freunde auf dem Kapitol.

Die derzeitigen dramatischen Ereignisse in der arabischen und islamischen Welt werden die Ameri-

kaner zu einer Neueinschätzung der israelischen/US-amerikanischen Beziehungen bewegen. Nur eine geringe Anzahl von Amerikanern hat in den letzten Tagen darauf hingewiesen, dass Israel sich trotz seiner aktuellen politischen und ethischen Krise (während sich der Nahe Osten und Nordafrika einer enormen Schockwelle ausgesetzt sehen) einmal mehr als Bollwerk der Demokratie in einer deprimierenden Region erwiesen hat. Und Israel hat dies zu einem Zeitpunkt bewiesen, an dem alles, was die Obama-Administration zu erreichen versuchte - falls sie überhaupt etwas erreicht hat - dabei ist, vom Winde verweht zu werden.

Ungeachtet der fundamentalen Fehler Obamas in unserer Region – einschließlich des Fallenlassens von Mubarak – wollen wir hoffen, dass er und seine Leute jetzt zur Vernunft kommen, dass sie die Ergebnisse ihrer strategischen Fehler begreifen und dass ihre Beziehungen zu Israel – der einsamen Insel politischer Stabilität in der Region – wieder die alte Qualität bekommen. Falls dies nicht eintritt, und die US-Regierung behandelt Netanyahu weiter so, wie sie es bis vor kurzem tat - und wie sie jetzt Mubarak behandelt - wird sie damit nur zu einer Vertiefung der Instabilität ermutigen. Frieden mit den Palästinensern werden sie auf diese Art und Weise niemals erreichen.

Was Israel betrifft – und es sie daran erinnert, dass israelischen Entscheidungsträger keinesfalls besser sind als die „verlorenen Schafe“ auf amerikanischer Seite – so ist das Fallenlassens Mubaraks der beste Beweis für Obamas absoluten Mangel an Verständnis dafür, was im Nahen Osten auf alle Fälle vermieden und was getan werden sollte.

Die versöhnlichen Gesten Obamas gegenüber Bashar Assad, einem der größten Kriegstreiber des Nahen Ostens und führenden Förderer von Terrorismus, der Israelis wie Amerikaner gleichermaßen schadet, sowie die Rückkehr eines amerikanischen Botschafters nach Syrien schädigen Ägypten, das ungeachtet aller aktuellen Ereignisse das Regime hat, das innerhalb der islamischen Welt einer Demokratie am nächsten kommt. Dazu kommt, dass Syrien in großer Nähe zum Iran andere Diktaturen im Nahen Osten unterstützt. Wahre Demokratie wird es in Ägypten nicht geben, selbst wenn die "Kräfte von Freiheit und Demokratie" die derzeit an der Macht befindlichen Kräfte der Dunkelheit besiegen.

Das nächste Regime wird selbst dann nicht demokratisch sein, wenn islamische Bruderschaft nicht an die Macht kommt. Denn auch im Libanon besetzen die eigentlichen Machthaber - die Hisbollah - nicht die formalen Machtpositionen.

Die fundamentalen Fehler der Vereinigten Staaten fügen der eigenen Reputation und der des Westens insgesamt weitreichenden Schaden zu. Neben anderen Dingen stoßen sie damit genau jene Länder, die ihnen nahe sind, in die Arme jener, die angesichts des Niedergangs der USA als die zukünftigen Großmächte gelten, Russland (welches ein Comeback als Großmacht versucht), China und selbst den Iran.

Während es für andere Länder in der Region eine Alternative gibt, gibt es diese für Israel nicht. Selbst wenn Obamas Regime von den eigenen Fehlern lernt und damit beginnt, sich Israel wieder anzunähern, wird Israel sich an eine Welt anpassen müssen, in der Amerikas Status (und daraus folgend Israels eigener Status) sich schrittweise verschlechtert.

Höchst bedauerlich ist, dass Israel sich, während der Niedergang der Macht der USA begann, nicht auf engere Beziehungen zu den aufstrebenden Mächten vorbereitet hat. Es steht zu bezweifeln, dass die gegenwärtige Regierung in der Lage ist, diesen nicht nur politischen sondern auch mentalen Wandel herbeizuführen. Der Ministerpräsident und der Verteidigungsminister wie auch alle anderen Minister und Mitglieder der Knesset – und hierbei besteht kein Unterschied zwischen Koalition und Opposition – sind untrennbar verbunden mit der die amerikanische Kultur verkörpernden kapitalistischen Lebensweise. Sie haben enge persönliche Verbindungen zu den höchsten Kreisen in Politik, Militär, Geheimdienst, Medien, Wissenschaft und Wirtschaft der Vereinigten Staaten, und es ist zweifelhaft, dass sie entsprechend den neuen Bedingungen zu handeln in der Lage sind, indem sie als Alternative zur jener Unterstützung, die durch die USA in guten Zeiten gewährt wurde, die Unterstützung einer anderen Macht erlangen.

Der Einfluss der Prozesse mit den Palästinensern auf Netanyahus Koalition

Nach vielen Jahren, in denen die Israel-Palästina-Frage in Israel höchste Priorität hatte – mit Sicherheit auf der Ebene politischer Besorgnis - wollen die

meisten israelischen Bürger, Minister und Knessetabgeordnete, dass sich das Land und die Regierung auf eine nicht-militärische Agenda konzentrieren sollten. Bildung, Wirtschaft, Kultur, Gesundheitswesen, Wohnraum für junge Paare, persönliche und soziale Sicherheit werden für Israelis zunehmend wichtiger. Das bedeutet nicht, dass sie die Wichtigkeit eines Arrangements mit den Palästinensern geringschätzen, die meisten Israelis glauben einfach nicht, dass ein solches Arrangement in naher Zukunft erreichbar ist. Und sie sind nicht länger willens, wichtige innenpolitische Probleme zugunsten fruchtloser Diskussionen mit den Palästinensern hintenanzustellen.

Es fällt jedoch schwer daran zu glauben, dass sich tatsächlich etwas ändert, da die israelischen Medien, die die nationale Agenda bestimmen, die Lösung der israelisch-palästinensischen Frage nach wie vor als oberste nationale Priorität behandeln. Aus diesem Grund müssen selbst Parteien, bei denen diese Frage nicht im Vordergrund steht – wie die ultra-orthodoxen Parteien – ihren Standpunkt dazu definieren. Das führt dazu, dass israelische Regierungen, im Gegensatz zu Regierungen in den meisten anderen Staaten, nicht von ihrer Wirtschafts- und Sozialpolitik abhängen sondern von ihren außenpolitischen und ideologischen Standpunkten sowie von ihrer Position zur Lösung des Konflikts mit den Palästinensern.

Die Arbeitspartei hat mit ihrer Teilnahme an der Netanyahu-Koalition nicht wirklich glücklich geworden, da es im linken Lager starken Widerstand dagegen gab. Dazu kam die Tatsache, dass der Linksruck des Likud dazu führte, dass das linke Lager zusehends schrumpft und um jede Wählerstimme kämpfen muss. Auch die Medien, die sich überwiegend mit linken Standpunkten identifizieren, haben der Partei wegen der Partnerschaft mit Netanyahu das Leben schwer gemacht. Ungeachtet seiner „zwei Staaten für zwei Völker“ Rede stößt der israelische Premierminister bei der radikalen Linken weiterhin auf Misstrauen, denn diese wirft ihm vor, dass er mit den Palästinensern nicht wirklich Frieden schließen wolle. So entstand eine Situation, die in keiner geordneten demokratischen westlichen Regierung anzutreffen ist, dass nämlich Minister in der Öffentlichkeit als Opposition gegen die eigene Regierung auftreten, und der Ministerpräsident aus Furcht, die Koalition damit zu gefährden, nicht von

seinem Recht Gebrauch machen kann, diese Minister zu entlassen. Nach Ehud Baraks Kehrtwende ist Netanyahu in seinem Regierungshandeln nun weniger eingeschränkt. Von Seiten der Ultraorthodoxen und Religiösen sind keine nennenswerten Probleme zu erwarten, solange es nicht zu weiteren außenpolitischen Richtungswechseln im Sinne der Anerkennung der „Zwei-Staaten-Lösung“ kommt. Probleme könnte ihm einzig die Partei Yisrael Beitenu (Unser Haus Israel) unter Avigdor Lieberman bereiten. Er ist ein unberechenbarer Anführer, dessen grundsätzlich rechts stehende Partei ihm völlig unterworfen ist.

Die regionalen Auswirkungen der außenpolitischen Stagnation

Vergleichbar mit einem Erdbeben werden lokale Ereignisse im „globalen Dorf“ auch in entfernten Regionen registriert. Doch im Falle des israelisch-palästinensischen Konflikts sind die Vorstellungen über dessen regionale Auswirkungen übertrieben, meistens sogar völlig von der Realität abgekoppelt. Meine Hauptthese ist, dass sich die arabischen Staaten, vor allem die an Israel angrenzenden - im Gegensatz zur Auffassung der meisten israelischen Analysten und von Teilen des Nachrichtendienstes -, nicht in erster Linie wegen des Leids, das Israel den Palästinensern angeblich zugefügt hat, mit diesem Konflikt beschäftigen. Bei den Demonstrationen der letzten Tage in Kairo, Alexandria, Beirut und auch in Tunis habe ich keine Transparente für Palästina bemerkt, dafür Tausende von Transparenten für Freiheit und Demokratie. Wie sich nun zeigt, ist die Zeit vorbei, in der die absolutistischen Regime mit dem Hinweis auf Israel von jedem Versäumnis und von Korruption ablenken konnten und Israel die Schuld für den schlechten Zustand ihres Landes zuschoben. Gewiss, in der arabischen Welt wird es auch weiterhin Kritik an Israel geben. Da und dort werden die Regime auch weiterhin versuchen, Israel die Schuld für ihre Versäumnisse zuzuschreiben, doch es wird immer deutlicher, dass das Palästinenserproblem im Leben der arabischen Völker keine zentrale Rolle spielt. Die Bevölkerungen der arabischen Länder haben realisiert, dass sie nicht deswegen in Armut leben, keine Perspektive haben und unterdrückt werden. Zudem ist auch an Folgendes zu erinnern: Hätten die arabischen Staaten, besonders die an Israel angrenzenden, einen palästinensischen Staat gewollt, dann hätten Ägypten und Jordanien ihnen bis 1967 einen sol-

chen Staat geben können.

Zur Erinnerung, der Iran hat sich dazu verpflichtet, das „zionistische Gebilde“ zu vernichten. Und die Vorbereitungen, die er trifft, beschäftigen die ganze Welt. Sind die Palästinenser der Grund? Nach verbreiteter Meinung, ja. Doch der Wahrheit nach zu schließen, nein. Bis zur Islamischen Revolution war der Iran ein enger Verbündeter Israels. Aber nicht deswegen kamen die Ayatollahs an die Macht, sondern weil sie eine religiöse, schiitische Revolution begonnen hatten. Es ging ihnen vor allem darum, ihre Stellung im Iran zu festigen und die geistige und logistische Führung für eine schiitische Revolution zu bilden, die zuerst im Nahen Osten und später in der ganzen Welt stattfinden soll. Israel muss aus der Welt verschwinden, weil es die heilige islamische Erde befleckt. Das ist der Hauptgrund dafür, dass das Regime der Ayatollahs so viel Energie in die Bestrebung der Vernichtung Israels investiert. Es nutzt den Konflikt zwischen den Palästinensern und Israel, um dem religiösen und primitiven Vernichtungswillen einen ideologischen und rationalen Anstrich zu geben.

Nur bei Jordanien – rund 70% der jordanischen Bevölkerung sind bekanntlich palästinensischer Herkunft – kann man fast mit Sicherheit sagen, dass das Land direkt vom Friedensprozess oder vielmehr vom Ausbleiben eines solchen Prozesses in den letzten zwei Jahren betroffen ist. Die palästinensische Mehrheit in diesem Land ist eine aktive Mehrheit mit entwickeltem Nationalbewusstsein, die das Geschehen bei ihren Brüdern im Westjordanland und auch bei den palästinensischen Brüdern in Israel aufmerksam verfolgt. Letztere sind zwar israelische Staatsbürger, doch sie betrachten den jüdischen Staat als illegitimes Gebilde. König Abdullah, vor allem um den Erhalt der Krone bedacht, manövriert bisher relativ erfolgreich zwischen den von Israel abhängenden Sicherheitserfordernissen seines Königreichs und der Notwendigkeit, den instabilen inneren Zusammenhalt zwischen der palästinensische Mehrheit und der beduinischen Minderheit zu gewährleisten. Der israelische Geheimdienst bezweifelt – ausländischen Berichten zufolge – schon seit einiger Zeit, dass der König mit diesen Manövern langfristig Erfolg haben wird und empfiehlt, auch aufgrund der Massendemonstrationen in einigen arabischen Ländern, sich auf die Möglichkeit vorzubereiten, dass sich das Königreich

aufgrund des Drucks der palästinensischen Bevölkerung entweder zu einer konstitutionellen Monarchie wandelt oder ganz verschwindet. Der König versteht das selbst am besten. Nach außen – um die palästinensische Bevölkerung zufrieden zu stellen – gibt er Israel die Schuld für den Stillstand und fordert von den Israelis, sich aus dem Westjordanland zurückzuziehen, um einem palästinensischen Staat Platz zu machen. In Wirklichkeit ist er jedoch gegen einen solchen Staat. Vor allem, weil das Königreich insgeheim wieder die Hauptrolle in seinem Hinterhof spielen möchte. Der König weiß, dass ein palästinensischer Staat bestrebt sein würde, sich Jordanien einzuverleiben, allein schon deswegen, weil in Jordanien mehr Palästinenser als im Westjordanland leben aber auch, weil die beiden Bevölkerungen nichts trennt außer die haschemitische Krone. Hat ein solcher Prozess erst begonnen, wird er nicht mehr aufzuhalten sein. Kurzum, Jordanien hat kein Interesse an einem echten Palästinenserstaat.

In Syrien herrscht bekanntlich eine Junta, die sich vor allem aus dem Stamm der Alawiten rekrutiert. Im Gegensatz zu den Stammesherrschaften in den meisten arabischen Ländern, wo die Mehrheitsstämme regieren, handelt es sich bei den Alawiten um eine Minderheit. Entsprechend totalitär sind die Mittel, die dieses Regime zum Machterhalt einsetzt. In Erinnerung ist das Massaker, das Hafis Al Asad, der Vater des derzeitigen Herrschers, an den sunnischen Bewohnern der Stadt Hama verübt hatte. Sie hatten es gewagt, seine Herrschaft in Frage zu stellen. Rund 20.000 Menschen wurden dabei getötet. Die syrische Identität, die aufgrund der Aufteilung der Region durch das Sykes-Picot-Abkommen nach dem I. Weltkrieg eine künstliche Identität ist, wurde von den Herrschern des Landes auf der Grundlage von Fremdenhass, vor allem des Hasses gegen Israel und die Juden, geformt. Es ist schwer zu beurteilen, wie stark die Palästinenser den sunnischen Durchschnittsbürger in Damaskus beschäftigen. Gut möglich, dass die Situation dort nicht anders ist als in Kairo und in anderen arabischen Hauptstädten, in denen in diesen Tagen große Umwälzungen stattfinden.

Auch die Bewohner des Libanon, der letzte Nachbarstaat Israels, der in diesem Abschnitt noch erwähnt werden soll, sind dem Palästinenserproblem ausgesetzt, das schon 63 Jahre auf ihnen lastet.

Sie haben ein großes Interesse daran, die palästinensischen Flüchtlinge loszuwerden, die seit mehr als 60 Jahren in großen Flüchtlingslagern im Libanon leben. Sie heizen die ohnehin gespannte Atmosphäre im Land zusätzlich aufheizen und kooperieren mit der Hisbollah, obwohl sie mehrheitlich Sunniten sind. Hisbollah, die dominante Kraft im Zedernstaat, hat die Sache der Palästinenser auf ihre Fahnen geschrieben und bezichtigt die Führung der PA der Schwäche und sogar des Verrats, weil sie bereit sei, mit Israel über Frieden zu verhandeln und auf das „Recht auf Rückkehr“ zu verzichten. Als eigentlicher Stellvertreter des Iran wird die Hisbollah versuchen, jede positive Entwicklung in ihrem Süden zu sabotieren.

Zusammenfassend ist zu diesem Aspekt folgendes festzustellen: Es wäre übertrieben anzunehmen, dass die palästinensische Frage die arabischen Regime im Nahen Osten nicht mehr beschäftigt oder dass es ihnen gleichgültig ist, ob die Palästinenser einen eigenen Staat erhalten oder nicht. Andererseits beschäftigen den arabischen Durchschnittsbürger vor allem seine wirtschaftlichen und gesundheitlichen Nöte sowie die Sehnsucht nach Freiheit und Demokratie. Die Palästinenser sind für ihn nicht vorrangig. Diese Tatsache sollten auch jene Kräfte im Ausland verinnerlichen, die – wie einige amerikanische Generäle – der Meinung sind, dass auch der Krieg in Afghanistan mit dem israelisch-palästinensischen Konflikt zusammenhängt. Die Obama-Administration sollte sich auf jeden Fall von dieser langjährigen Konzeption verabschieden. Sollten die Amerikaner erwachen und fortan eine rationale Politik führen, würde dies die Stabilität in der Region erhöhen und längerfristig auch etwas an den arabischen Hoffnungen ändern, dass Israel aus der Region verschwindet. Dann, und erst dann, kann der Friedensprozess beginnen.

Israel Harel war Gründer und erster Vorsitzender des Rates der Jüdischen Gemeinden in Judea, Samaria und Gaza. 15 Jahre war er Chefredakteur von „Nekuda“, der Monatszeitschrift der Siedlerbewegung. Er ist der Gründungsvorsitzende des Instituts für Zionistische Strategien sowie regelmäßiger Kolumnist für Ha'aretz und schreibt Gastbeiträge für verschiedenen Zeitungen in Europa und den USA.

Verantwortlich:

*Dr. Ralf Hexel,
Leiter der Friedrich-Ebert-Stiftung Israel*

Autoren:

*Shaul Arieli
Israel Harel*

Homepage: www.fes.org.il

Email: fes@fes.org.il